

Erscheint täglich
nachmittags mit Ausnahme der
Sonntage und Feiertage.

Abonnementpreis
monatlich 50 J., 1/2jährlich 1.50 J.
jährlich 3.00 J. Durch
die Post bezogen 1.65 J.

„Die Neue Welt“
(Unterhaltungsbeilage), durch
die Post nicht bezogen, kostet
monatlich 10 J., 1/2jährlich 30 J.

Volksblatt

Insertionsgebühren
betragen für die Spalten
beide oder deren Raum
10 J. für 10 Zeilen
Bereits und Verlangung
angehen 10 J.
Im redaktionellen Teile
kostet die Zeile 50 J.
Inserate für die fällige
Nummer müssen spätestens
bis zum 10 Uhr in der
Expedition aufgegeben sein
Eingetragen in die Post-
setzungsliste unter Nr. 7501.

Sozialdemokratisches Organ
für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weiskensfeld-Zeitz,
Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Telephon-Nr. 1047.

Redaktion und Expedition: Geiſtſtraße 21, erster Hof parterre rechts.

Telegraphen-Adresse: Volksblatt Halle/Saale.

Telephon-Nr. 1047.

Nr. 208

Halle a. S., Mittwoch den 6. September 1899.

10. Jahrg.

Zwei neue Minister.

Der Staatsanzeiger machte am Montag bekannt, daß Minister v. Hoffe „auf sein Ansuchen“ von seinem Amte unter Befassung des Titels und Rang eines Staatsministers, so wie unter Verleihung der Krone zum Großkreuz des Roten Adlerordens mit Eichenlaub entbunden worden. Oberpräsident Studt ist an seine Stelle getreten. Auch Minister Freiherr v. d. Rade ist „auf sein Ansuchen“ von seinem Amte unter Befassung des Titels und Rang eines Staatsministers, sowie unter Verleihung des Großkreuzes zum Roten Adlerorden mit Eichenlaub entbunden worden. Der Vizepräsident Freiherr v. Rheinbaben ist zum Staatsminister und Minister des Innern ernannt worden.

So sind gerade die beiden Minister, welche am wenigsten bei der Kanalvorlage engagiert waren, derselben zum Opfer gefallen. Es könnte nun mit Genugthuung erfüllt, wenn v. d. Rade um deswillen infamisiert worden wäre, weil er kurz vor der dritten Lesung die bekannte Aufforderung an die Landräte richtete, für den Kanal zu stimmen. Aber diese Konzeption an das Rechtsbewußtsein des Volkes bedeutet keine Entlastung nicht. Genügend wie kein famoser Scherzspiel-Gelächter seine Stellung erschütterte, geschah dies durch das neueste Zirkular. Es sind andere Faktoren gewesen, die ihn zu Falle gebracht haben.

Als v. d. Rade an Stelle des Herrn v. Köller trat, war er durch nichts weiter bekannt, als durch seine unbegrenzte Fähigkeit, sich den Wünschen seiner Vorgesetzten anzuschließen. Das ist denn auch die einzige Fähigkeit geblieben, die er während seiner vierjährigen Ministerthätigkeit zu erkennen gegeben hat. Herr v. d. Rade ist von Ministerial zu Ministerial gelockert. Mit der famosen Verordnungsliste ist er an, und unter der Buchstabenvorlage hört er auf. Sein Nachfolger ist Freiherr v. Rheinbaben, bisheriger Vizepräsident in Düsseldorf. Ihm soll die Aufgabe zufallen, die renitenten Landräte wieder gefügig zu machen. Diese Aufgabe wird weder er noch irgend ein anderer erfüllen können. Die Landräte sind entweder direkt Mitglieder der Junterpartei oder mit dieser in ihren Anschauungen und Bestrebungen innig verbrüdet. Und diese Junterpartei ist mächtiger als die Regierung, das heißt, sie haben wieder bei der Kanalvorlage erkennen können. Die Regierung ist vollständig im Verstande, wenn sie meint, sie regiere. Die Regierung wird vielmehr regiert und zwar eben von den Juntlern. So lange beide Bestrebungen gleich sind, tritt dieses Verhältnis nicht zu Tage. Die verjüngte Bureaucratie erkennt dann thätigst an die Seite der Juntler, welche die Befehle der Regierung ausführt. Kommt es jedoch zwischen beiden Faktoren zu Differenzen, so geht sich, daß das Juntertum einflussreicher und mächtiger ist als die Regierung, und es wird nicht das letzte Mal gewesen sein, daß die Regierung diese Erfahrung machen muß. Daß der Widerstand der Juntler durch die Verbrüderung zweier Minister auch nur im minderen abgedämpft würde, glaubt die Regierung sicherlich selbst am wenigsten. Die Regierung ist selbst Schuld an diesem für sie wieder schädlichen noch erschwerenden Verhältnis. Sie hat nie verstanden, die sie verstehen wollen, wie unübersehbar es für einen konstitutionellen Staat ist, den selbständig denkenden Elementen des Bürgerturns genügend starken Einfluß im staatlichen Verwaltungs-Apparat zu sichern. Dadurch, daß die Regierung immer nur Gehör hatte für die ausweichenden Wünsche der agrarischen Juntler, dadurch daß sie die ganze Sozialgesetzgebung wie auch die Zollgesetzgebung auf deren Lust zuschnitt, hat sie sich selbst die Hände gefesselt und sich weissenlos den Juntlern ausgeliefert.

Das zurückgesetzte Bürgerturn hat weder Lust noch Kraft, die Regierung aus ihrer hilflosen Lage zu befreien, und die Juntler halten fest, was sie einmal in der Hand haben. Das muß ihnen der Feind lassen. Die Macht der Juntler gründet sich aber nicht nur auf die Verbrüderungspolitik, die die Regierung getrieben hat und nicht nur auf die veraltete Gesetzgebung, die das Aufstehen der Landarbeiterschaft unmöglich macht; die wichtigste Machtquelle des deutschen Junterturns ist sein ungeheurer Anteil am Landbesitz.

Unter den 3/4 Millionen landwirtschaftlichen Betrieben in Preußen giebt es reichlich 20 000 Großbetriebe mit mehr als 100 Hektar. Von den insgesamt 28 1/2 Millionen Hektar Boden, der in Preußen bebaut wird, fallen nun auf die 20 000 Großbetriebe nicht weniger als 9 1/2 Millionen Hektar. Der 1/2 Teil des dritten Teils des Grundbesitzes, und da bei einer ganzen Anzahl dieser 20 000 Großbetriebe sich mehrere in einer Hand befinden, so wird die Zahl der junterlichen Landherren noch kleiner, ihre Macht somit noch größer. Die 20 000 Großgrundbesitzer verfügen über 3 1/2 Millionen ländlicher Arbeiter und Arbeiterinnen. So lange die Regierung diese Millionen Proletariat durch die vorhin erwähnte Gleichbehandlung den Juntlern zu schamloser Ausbeutung preisgibt, so lange wird auch das Juntertum die Regierung beherrschen. Nichts dagegen die Regierung die Landproletariat frei, insonnigt in denselben Augenblick die Macht des Junterturns auf einen Bruchteil der vorigen Größe zusammen.

Will die Regierung aus der entwürdigenden Hilflosigkeit dem Junterturn gegenüber herauskommen, so genügt es nicht, einige Minister zu wechseln, sondern es muß dem Junterturn auf dem Lande ein Feind in den Rücken geworfen werden, auf dessen Zurückhaltung es seine ganze Kraft zu verwenden hat. Das geschieht durch Gewährung der vollen Wahlrechtsfreiheit an das Landproletariat. Wird die Regierung zu diesen Schritten, den die Gerechtigkeit schon längst fordert, nicht

kommen, so wird sie immer weniger im Stande sein, dem Junterturn Widerstand zu leisten. Da aber die Furcht vor dem Proletariat bei der Regierung größer ist als das Bewußtsein der demütigenden Abhängigkeit vom Junterturne, so wird es wohl beim Alten bleiben, und das Volk wird nur noch einige Zeitlang den Markt an Pensionen für verbrauchte Minister mehr aufzubringen müssen, bis endlich das Proletariat kräftig genug sein wird, Regierung und Junterturn an die Seite zu drücken.

Aus Frankreich.

Nachdem am Montag zunächst in geheimer Sitzung Major Sartmann seine Erklärungen zu gewissen Dokumenten des geheimen Dossiers gegeben hat, tritt plötzlich ein ganz neuer Belastungszeuge auf, ein gewisser Cernuschi. Er ist vornehm gefleckt, hat aber ein „konserviertes“ Gesicht. Mit kaum höherer Stimme sagt er, er habe in Le Havre gelehrt, aber das Land als politischer Flüchtling verlassen müssen, weil er zur alten Verbannung gehalten habe. Er vermag sich nur sehr mühsam französisch auszusprechen, hat aber an den Präsidenten Foucault einen Brief in tadellosem Französisch geschrieben. Er will von ausländischen Offizieren erfahren haben, daß Dreyfus der Hauptverbreiter sei. Demange: Hat der Regierungskommissar Informationen über den Zeugen eingezogen, den er hier vorlesen ließ. Der Regierungskommissar Carrière antwortet in seiner unsicheren Weise, indem er sich hinter Jhr tragt: Er bekomme garholle Aufschreie und Anträge von Zeugen, die gehört werden wollen; er könne natürlich das alles nicht genau untersuchen. Aber Cernuschi habe er sich summarisch informiert und habe erfahren, daß er ein Ausländer und politischer Flüchtling sei. Das sei vielleicht nicht sehr hübsch (Gelächter); jedenfalls habe er es für eine Pflicht der Discretion gehalten, seine Nachforschungen nicht weiter zu treiben. Auch wollte er in einem Moment, wo volle Aufmerksamkeit nötig sei, keine Bewegungen schaffen. Labori erhebt sich und spricht mit tief verweirter Stimme: Da man jetzt sich auf ausländische Zeugen beruft, was wir stets sorgfältig vermeiden haben, so behalte ich mir vor, Anträge zu stellen, die aus ein ausländisches Zeugnis betreffen. Ich werde beantragen, daß der Minister des Auswärtigen aufgefordert werde, auf diplomatischem Wege Informationen über die im Vordergrunde aufgeführten Dokumente einzuziehen. (Große Bewegung.) Was die geheime Sitzung zum Verhör dieses Zeugen anlangt, so bitte ich, dieselbe morgen abzuhalten, damit ich Zeit dazu habe, die Formalitäten zu erfüllen, welche nötig sind, damit dieser Zeuge unter Eid vernommen werde. (Bewegung.) Labori fragt dann Cernuschi, wer ihm seinen Brief geschrieben habe. Cernuschi: Ich allein (!). Labori: Welcher Nationalität gehören die vier Agenten der auswärtigen Mächte an, die man Jhren genannt hat? Cernuschi: Ich kann nur in einer geheimer Sitzung antworten. Cernuschi verliert hierauf die Stirne und erwidert im Jangweiligen, wo ihm von den Bänken der Presse und des Publikums vielfach das Wort „Schurke“ zugerufen wird. Noch lange herrscht im Saale große Bewegung.

Das Auftreten dieses Zeugen Cernuschi ist offenbar der Knopf, den die Generale für die letzte Stunde vorbereitet haben. Man bemerkte, daß Cernuschi die Generale grüßte, als er an ihnen vorbeiging.

Einem anderen erregenden Zwischenfall rief die Aussage des Mathematik-Professors Painleve hervor. Dieser war, wie bekannt, von dem General Gonse benommen worden über die Unterredung, die er mit Hadamard, einem erstentenen Verwandten der Familie Dreyfus, gehabt hat. Hadamard hatte ihm gesagt, er sei von der Unschuld Dreyfus überzeugt. Painleve hatte dies dem General Gonse wiederholt, und Gonse hatte einen Bericht verfaßt, der sich im geheimen Dossier befindet und in welchem er als Beweis, daß selbst die Familie Dreyfus den Verurteilten fallen lasse, unter Verkehrung der Worte Painlevés in ihr Gegenteil erklärte. Painleve habe ihm mitgeteilt, daß Hadamard zu Painleve gesagt habe, er halte Dreyfus für schuldig. Painleve berichtet dies nun dem Kriegsgericht mit aller Klarheit, über die er als Mathematiker verfügt, und zeigt sich sehr erregt über die Entstellung, die seine Worte erfahren haben. General Gonse wird vorgeworfen, heute, wo er sich für eine offensbare Lüge zu verantworten hat, ist er noch zittiger und verlegener als gewöhnlich. Er sagt: man habe diesem Zwischenfall eine viel zu große Bedeutung gegeben. (Gelächter.) Als er Painleve vernahm, habe er sein Zeugnis zu empfangen gehabt, sondern er wollte nur Informationen einziehen. Er sei damals nicht mit einer gerichtlichen Untersuchung betraut gewesen. (Bewegung des Unwillens im Saale.) Painleve (mit Energie): Was General Gonse sagt, ist vollkommen richtig! Ich verlange, daß der Bericht Gonse verlesen wird! Gonse sagt herein, ich hätte natürlich eine Bewegung gesehen, die er mir zuzuschreiben, und ich habe natürlich das Gegenteil geäußert! Der Bericht wird verlesen, in dem sich thätigst der Ausdruck vorfindet befindet. Gonse flammelt: Ich gebe zu bemerken, daß ich kein gerichtliches Dokument abzufassen hatte. (Entrüstung im Saale.) Painleve erklärt, man dürfe nicht behaupten, daß Gonse's falscher Bericht über seine Aussage keine Wichtigkeit habe. Man habe ihn den Kriegsministern als Schuldbeweis gezeigt und er wisse, daß Cabaignac ihn als solchen in den Kammer-Stouloirs zitiert habe. Labori fragt: Wenn General Gonse wirklich keine Untersuchung führte, sondern nur Informationen einzog, warum hat er über diese

Informationen falsch berichtet? Präsident: Ich werde diese Frage nicht stellen. Labori: Die Frage beantwortet sich selbst, auch wenn sie nicht gestellt wird! Präsident (heftig): Ich rufe Sie zur Ordnung und bitte Sie, Wägigung zu beobachten! Gonse ruft dagegen: Ich werde vollkommen im guten Glauben! (Gelächter.) Labori (dringend zu Gonse): Am Schluß dieser Affaire werden wir sehen, was für Folgen sie haben wird! (zum Präsidenten): Ich bin hier, um bis zum Ende meine Aufgabe als Verteidiger zu erfüllen! Präsident: erfüllen Sie Ihre Aufgabe, aber mit Wägigung! Labori: Ich halte aufrecht, was ich gesagt habe! Präsident: Ich rufe Sie zur Wägigung!

Labori wendet sich wieder zu Gonse: Wie kann General Gonse behaupten, sein Bericht habe keine Wichtigkeit, da er ihn dem geheimen Dossier als Beweisstück gegen Dreyfus einbelegte in dem Augenblick, wo man sich mit der Revision zu beschäftigen anfang? Gonse flammelt: es habe verschiedene Akten von geheimen Dossiers gegeben. Er habe einen diplomatischen Dossier zusammengestellt; der andere Dossier sei kein eigentlicher Dossier gewesen, sondern habe nur Informationen enthalten. Gonse's Uebersetzung von der Schuld des Dreyfus habe sich auf andere Dokumente gegündet. Die Informationen seien nur nebenbei in Betracht gezogen worden. Gonse ruft aus: Man übertrifft diesen ganzen Zwischenfall in jeltamer Weise! (Gelächter.) Labori: Die Urteile, die General Gonse hier abgibt, sind recht unangebracht. Ich frage jetzt: Wer hat den geheimen Dossier zusammengestellt. Major Guignet ruft aus dem Saale: Ich! Labori: Aber General Gonse hat auch einen geheimen Dossier zusammengestellt? (Gonse: Ja, bis Juli 1898. Labori: Uebernehmen Sie die Verantwortung dafür? Gonse: Ja! Labori: Warum ist diesem geheimen Dossier nicht der Bericht des französischen Botschafters in Rom beigelegt worden, welcher meldet, Oberhaupt habe von dem ausländischen Militär-Attachés 200 000 Franken erhalten? Gonse juchet verlegen nach Erklärungen und scheint anzukommen, man habe diesem Bericht keine Bedeutung beigegeben. Labori: Glauben Sie nicht, daß ein Bericht unseres Botschafters in Rom mehr Bedeutung verdient als ein Bericht über eine Unterredung zwischen Painleve und Hadamard? Hat General Gonse nicht überhaupt seinen Dossier nach dem Prinzip zusammengestellt, daß alle Informationen gegen Dreyfus wichtig, alle Informationen gegen Oberhaupt unwichtig sind? Der Präsident weigert sich, diese Fragen zu stellen.

Major Guignet verlangt das Wort und sagt: Man habe aus dem geheimen Dossier alle Dokumente vorgelesen, die ausländische Zeugnisse enthalten, deren Urheber vielfach ein Interesse daran hatten, die französischen Behörden zu täuschen. So geht es noch manche geheime Dokumente, welche die Schuld des Dreyfus beweisen und welche das Kriegsgericht nicht kennt. Beispielsweise, sagt Guignet, heißen wir die Depesche eines unserer Militär-Attachés im Auslande, welche sagt, in dem betreffenden Lande sei man der Ansicht, daß die Affaire Dreyfus und die Unruhe, welche sie in Frankreich erhalte, die Macht der Juden beweise. Wir haben von dieser Depesche keinen Gebrauch gemacht, obwohl wir sie hätten als Beweis der Schuld des Dreyfus anführen können. (Gelächter.) Labori: Ich bin erstauet zu hören, daß man noch andere Schuldbeweise besitzt als diejenigen, die man uns mitgeteilt hat. Ich verlange, daß man sie alle hierher bringt! Geht es Jhnen im Kriegsministerium noch andere geheime Dokumente gegen Dreyfus als diejenigen, die wir hier gesehen haben? Guignet: Jawohl! Es giebt einen umfangreichen Spionage-Dossier und einen anderen Dossier über die Beziehungen gewisser Personen zu der Botschaft, zu deren Gunsten der Verrat begangen wurde. General Ghanoin, Vertreter des Kriegsministers, interveniert: Da Major Guignet bereits in seiner Aussage auf diese Dossiers angepöbel hat, so habe ich hier zur Verfügung des Kriegsgerichts, Labori: Ich beantrage, daß das Kriegsgericht morgen eine geheime Sitzung hält zur Entgegennahme der Aussage Cernuschi und zur Prüfung dieser neuen geheimen Dossiers.

Das Kriegsgericht beschloß einstimmig, für die Aussage Cernuschi und die Mitteilung des neuen geheimen Dossiers die Öffentlichkeit auszusprechen.

Es verläutet, Labori werde die Vorladung Schwärztoppens und Panizaris als Zeugen beantragen.

Polizeikommissar Hennion sagt als Zeuge aus, er habe einen Dreyfus entlassenen wichtigen Bericht erstattet, der aber nicht mehr aufzufinden sei. Major Guignet gibt zu, dieser Bericht sei vielleicht im Kriegsministerium verloren worden. (Gelächter.) Labori: Hier haben wir wieder einen Fall, in dem ein Dokument, das zur Aufklärung der Wahrheit nötig ist, verloren worden ist! (Bewegung.)

Nach Kenntnisnahme des Zwischenfalls Cernuschi telegraphierte der Kriegsminister Gallixier an den Regierungskommissar Cantier, daß er gegen den Ausfall der Öffentlichkeit für das Junterturn sei, weil die Regierung das Recht wünsche. Der Kriegsminister ordnet an, daß der Ausfall der Öffentlichkeit auf die Nennung des Namens des ausländischen Agenten beschränkt bleibe, auf den Cernuschi sich beruft.

So ist der Montag für Dreyfus sehr günstig verlaufen, weil immer neue Wadenjochten erbärmlicher Art aufgedeckt worden sind.

Das Urteil wird für Freitag oder Sonnabend erwartet.

Gründlich in die Gründe geht, noch ehe es in das erste Stadium seiner Entwicklung eingetreten ist, das neue Zwangsinnungswesen. Viele dieser kaum gegründeten Innungen haben sich in der letzten Zeit aufgelöst oder stehen vor der Auflösung; andere haben sich in ihrer Mehrheit als sozialdemokratisch erwiesen.

Das Organ des Bundes der Landwirte führt diese Erscheinungen auf die Verfehlung des neuen Hundwertgesetzes zurück. Statt aber, wie es natürlich wäre, das Fehlen der Zwangsinnungswesen in ihrer ursprünglichen Entstehung, oder eben über die veraltete Organisierung einer in ihrem Grundwesen völlig ungehaltener Erwerbsform rückwärts zur Tagesordnung übergeht, zieht das Blatt die ihm besser bekannte Folgerung, die Zwangsinnung allein als „zu wenig“ wirksam darzustellen, weil ihr der ergänzende Weg der Zwangsinnung nicht zu fehlen.

Das ist mittelstandspolitische Demagogie. Ein drastisches Beispiel der Unzulänglichkeit und Schädlichkeit des Allseitigen „Verpflichtungsadmeins“ hat das benachbarte Ostpreußen gegeben. Namentlich ist das Eingeländnis, daß die Zwangsinnungen schon jetzt ihren Zweck verfehlt haben, sehr beachtlich, die Masse der selbständigen Handwerker ist eben für den Zwangsinnungszwang nicht zu haben.

Zur Kaiserparade in Württemberg. Eine offizielle Mitteilung macht die Behörde Stuttgarts darauf aufmerksam, daß vom 8. bis 14. September die ganze Stadt möglicherweise sehr stark Einquartierung (Bürgermeisters) bedürftig. Hierzu bemerkt die Schwäbische Post malitios, daß der Kriegsminister solle bei dieser Gelegenheit sich an seinen Gefas erinnern, der die Soldaten vor jeder Verührung mit den Sozialdemokraten bewacht wissen will, und nicht Tausende von Soldaten zu Sozialdemokraten ins Quartier leger, wo ihnen sozialistische Literatur in die Hände fallen und sie von Sozialdemokraten in Unterhaltungen gezogen werden könnten.

Strafe muß sein. Der Führer der Konterbuben, Graf zu Salmburg-Straum, ist von der Hofliste gestrichen worden. Auch Umgebung hat gegen die Kanalarbeiter gestimmt und wird nun zur Strafe dafür nicht mehr zu Hoffschickereien geladen.

In dem Disziplinungsverfahren gegen Dr. Krohn ist nunmehr von dem Vertreter der Anklagebehörde die Berufungsrechtfertigung eingereicht worden. Die Annahme, daß nach der Begründung, die die Fakultät dem freisprechenden Erkenntnis beigegeben hatte, der Kultusminister Wolfe die mündlich angelegte Berufung fallen lassen könnte, hat sich nicht als zurecht erwiesen.

Die Sklaverei in Ostafrika. Aus einem amtlichen englischen Bericht über die Sklaverei in Ostafrika geht hervor, daß in Ostafrika und Bomba während des Jahres 1898 im ganzen 2780 Sklaven während der ersten drei Monate des Jahres 1899 951 Sklaven befreit wurden. Der Bericht führt aus, daß die Befreiung notwendigermassen langsam vor sich geht. Die Sklaven haben in vielen Fällen ein größeres Interesse daran, Sklaven zu bleiben, als frei zu sein. Viele warten lieber, bis sie von ihren Arbeitgebern befreit werden, die sich gemächlich für verpflichtet halten, sie für zu sorgen; wird der Sklave von Staats wegen befreit, so erhält er dagegen ein Zertifikat, mit dem er für den Augenblick nichts anfangen kann. Da mit den Sklaven von ihren Arbeitgebern Kontrakte abgeschlossen werden und sie auch Entlohnung erhalten, so sehen sie sich nicht so sehr nach der Freiheit, die sie mehr oder minder auch ohne Zertifikat genießen. Sogar auf den Plantagen befinden sich nach der erwähnten Darstellung die Sklaven sehr wohl. Sklaverei im Sinne von Arbeitszwang besteht überhaupt nicht mehr, und die Kinder der Sklaven, die seit dem Jahre 1890 geboren wurden, sind ohnehin frei. Manches Negerkind in Ostafrika hat es, wie es in dem Bericht heißt, besser, als ein weißes Kind in Europa unter denselben Umständen.

Das ist längst kein Geheimnis, daß die Lage der Sklaven unter Umständen eine bessere ist, als die der freien Arbeiter. Wegen Kaiserbeleidigung durch eine Äußerung über die Volkstänze wurde in Ostafrika der Arbeiter Kuntz zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Am letzten Tage hatte sich in Ostafrika der Arbeiter Rothz aus Leipzig verhaftet. Er sollte in einer Nacht, als er aus einem Gasthofe heimkehrte, in

traumem Aufstande angefaßt die Person des Kaisers in beleidigenden Worten verlegt haben. Das Gericht sprach aber den Angeklagten frei, da es annahm, daß Rotz seiner Sinne nicht mehr vollständig mächtig war.

Volkeides und Gerichtliches.

Seine Parteiverammlung in Weimar, die zum Parteitage Stellung nehmen sollte, wurde aus Gründen des öffentlichen Wohles und wegen Verletzung der Verfassung verboten. Ebenso war die Vorfälle-Feier aus Gründen des öffentlichen Wohles verboten worden. Bekanntlich hat die untere Reichsversammlung von dem neuen Minister mit dem amtlichen Namen v. Bülow die Anweisung erhalten, „fortwährende“ in der Organisation von Verammlungen zu verfahren. Die „Organi“ äußert sich im Verbot der sozialdemokratischen Verammlungen.

Verzeichnisse.

Genosse August Jacoby wurde Sonntag früh um den städtischen Friedhofe in Friedrichsberg zur letzten Ruhe bestattet. Obwohl die Stunde der Beerdigung erst Sonntag früh bekannt gemacht war und trotz der frühen Morgenfröhe hatte sich eine vielwunderswürdige Menge an dem Friedhofe eingefunden, um dem Verstorbenen die letzte Ehre zu erweisen. In der Reihenfolge, wo der Sarg angebracht war, konnte natürlich nur der kleinste Teil der Trauerverammlung Platz finden. Außer den nächsten Angehörigen des Verstorbenen nahmen hier die Vertreter der Kommunalverwaltung, die in dem Abgangsschieden das allseitig arbeitstunfähige Mitglied der Arbeitervereinnung, die Vertreter der Arbeitervereinnung, die Vertreter der Fraktion der sozialdemokratischen Partei und die zahlreichen Deputierten der verschiedenen Parteiverammlungen auf. Dem Magistrat vertreten die Stadträte Loubier und Wieland, die sozialdemokratische Fraktion der Stadtverordneten-Verammlung war in corpore erschienen, außerdem wurde der Stadtverordnete Veris, Vogtler und andere anwesend. Stadtratsverordnete Vogtler hielt die Trauerrede, eine Musiktruppe und ein Arbeiterverein erkundeten durch die Vorträge die andachtsvolle Stimmung. Der einfache schwarz umflossene Sarg wurde von Parteigenossen nach der rechten Seite getragen, um schließliche Kränze unter Kränzen gelegentlich niedergelegt wurden. Kränze wurden vollständig verhandelt worden, und ein paar ansehnliche Gendarmen gaben Obacht, ob dieses Verbot auch nicht von dem einen oder anderen Kränzträger übertreten würde. Für die Ordnung, die musterhaft war, sorgten freiwillige Ordnung.

Gewerkschaftliches.

Fischer. Die Leipziger Innungsmesse hat den Forderungen der Fischer vollständig an erkannt. In Anbetracht ist am Montag der Bescheid des Reichsunternehmers und Arbeiters endgültig abgeschlossen worden. Der Antritt des Unternehmers auf die Organisationen der Arbeiter ist glänzend zurückgeschlagen worden. Die Organisationen stehen jetzt härter da als jemals vorher.

Außerordentliche Stadtverordneten-Sitzung

vom Montag, den 4. September, nachmittags 4 Uhr. Vorher: Beträge.

Der Vorliegende entschied sich, die Stadtverordneten vor Beginn der Sitzung zusammenberufen zu haben, unter Hinweis auf Punkt 5 der Tagesordnung. Dann geknirscht er mit längeren Worten des verstorbenen Stadtrat Steinhauf. Der Nachruf wurde von Herrn Bethe und mit etwas Patriotismus durchwinkt, indem er darauf hinwies, daß Herr Steinhauf in sehr schweren Zeiten, wie z. B. in den Jahren nach dem 70er Kriege, als der schwebende Druck des weltlichen Nachhubs auf uns lastete, für das Interesse der Stadt gekämpft habe. Die Verammlungen erhoben sich zu Ehren des Verstorbenen von ihren Plätzen. Nachdem einige Petitionen zur Kenntnis gebracht worden waren, wurde eine Anfrage des Stadtverordneten Krüger bezüglich der Bürgerrede, worauf wir nachher zurückkommen werden, das Wort an den Magistrat vom 17. Juli beizugeben und darauf in die Tagesordnung eingetretet.

Punkt 1: Die Verlängerung des Mietverhältnisses mit dem Kaufmann Cohn rief eine längere Debatte hervor. Der Magistrat beantragte, das Mietverhältnis bezüglich eines Hauses in der Stadt, welches er in einem Mietvertrag im weiteren Teil des Jahres, bis 1905, erweitert werden soll, auf zehn Jahre, also bis zum 30. September 1909, zu verlängern. Cohn will den Ladenorbau auf seine Kosten zweckentsprechend herrichten lassen und löst die neue Forderung sofort in das Eigentum der Stadt übergeben. Stadtr. Albrecht wendet sich gegen den Magistratsantrag und meint, es sei nicht angebracht, wenn auf so lange Jahre Kontrakt gemacht würde, da der Raum in

solcher Zeit einmal für die Stadt notwendig gebraucht werden könnte, weil sich alle in steigender Entwicklung befinden. Die Verammlungen stimmte aber dem Magistratsantrag zu, da dieser schon einmal die Kontraktverlängerung formal beschlossen worden war.

Punkt 2: Der Ankauf eines Kapitals und eines Segates zur Unterhaltung von Erbgründnissen auf dem Nordfriedhofe wurde zugestimmt. Punkt 4: Der Polizeikommissar Dentsch, welcher beabsichtigt vor einigen Wochen bei Ausübung seines Amtes einen verurteilten Gefangenen, der sich in der Untersuchung unterworfen müßte und dann die ärztliche Anweisung erhalten, zur vollständigen Aushelung und Kräftigung der beteiligten inneren Organe einen längeren Aufenthalt in einem Solbathort zu nehmen. Die städtische Verwaltung hat einen Bescheid vom 78. März erlassen, wonach die Kosten für den Solbathort vorläufig auf 120 M. festgesetzt worden sind. Da zur Tragung dieser Beträge unzureichend die Stadtgemeinde verbleibt ist, andererseits aber wegen der Ferien der Stadtverordneten von denselben eine Bewilligung nicht zu erlangen war, hat der Magistrat die Kosten vorläufige zur Solbathaltung zu leisten. Der Magistrat hat die Kosten vorläufig zu übernehmen und den aufzunehmenden Betrag von 198 M. zu bewilligen. Die Verammlungen erteilte nachträgliche Zustimmung.

Punkt 5: Die Genehmigung mehrerer Vereinbarungen mit dem Militärkommando in Angelegenheiten des Neubaus der Militärkaserne ist ebenfalls eine längere Debatte hervor, in welcher es sich um Erwerb und Veräußerung von Land für den Militärkasernen handelte. Bürgermeister v. Holly will darauf hin, um den Wert des in Frage kommenden Landes zu zeigen, daß ein Freiger sein dort in jener Gegend befindliches Land nicht zu dem höchsten Preise herauszugeben habe, weil die Konstruktoren für die Errichtung des Wertes sehr niedrig ist. Seitens des Stadtverordneten Krüger wurde darauf hingewiesen, daß, wenn ein Vertreter der Lehre, nach welcher auf alles Jüdische Verzicht geleistet werden soll, sein Land nicht so billig abgeben will, so hätten die Vertreter der Bürgerchaft zur Vermeidung der Militärkaserne nicht als die Veräußerung zu zeigen. Die Stadtgemeinde habe aber einmal dem Kriegseisfeld den kleinen Finger gereicht und werde nun noch schließliche die ganze Hand hergeben müssen. Die Angelegenheit wurde schließlich nach dem Wunsch des Magistrats erledigt und die entgegengegangenen Anträge wurden sämtlich abgelehnt.

Die Streikbewegung in Ostafrika hat aus der Stadtverordneten-Wahlliste hatte dem Stadtverordneten Krüger Veranlassung gegeben, folgende Interpellation einzubringen:

Welche Gründe haben Magistrat bezogen, die in letzter Zeit bekannt gewordenen zahlreichen Niederlagen der Steuern von Bürgern und zugleich Streikbewegungen herbeizuführen aus der Stadtverordneten-Wahlliste vorzunehmen?

Stadtr. Krüger begründet die Interpellation mit den Vorgängen, die bereits gestern im Volksblatt mitgeteilt worden sind und meint, die Streikbewegungen seien wohl nie in dem Maße vorgenommen worden, als in diesem Jahre, was wohl nur dadurch zu erklären ist, daß man jetzt vor der Stadtverordnetenwahl die Streikbewegungen in Ostafrika herbeizuführen unter der Bürgerchaft herbeizuführen, die Streikbewegungen und man brauche sich nicht zu wundern, wenn die Bürger eines Tages sagen, wenn es dem Magistrat nicht mehr gefällt, daß ich wähle, dann gefällt es mir auch nicht, daß ich Steuern bezahle. Es ist unverständlich, weshalb der Stadtrath die Streikbewegungen herbeizuführen will, die solche Maßnahmen und solche Mißwirtschaft im Rathaus finde man sicherlich einen passenden Ausdruck. (Umrufe). Der Vorliegende droht dem Redner an, wenn er in ähnlicher Weise fortfahre, werde ihm das Wort entzogen. Krüger weist dann auf die realistische Zeit hin, in der sogar Kandidaten wegen ihrer parlamentarischen Mißwirtschaft gemessen werden, und ist der Meinung, daß der Magistrat die Streikbewegungen nicht als die Veräußerung zu zeigen, die Streikbewegungen wieder rückgängig zu machen.

Bürgermeister v. Holly entgegnete, wie die traurige Pflicht habe, das Volksblatt zu lesen, für den sei es bedauerlich, die Sache vor die Stadtverordnetenversammlung zu bringen, wenn sie sich nicht als die Veräußerung zu zeigen, und werde nur noch einmal ausgestellt, um eine Magistationsrede zu halten. Aus einer Namensverzeichnis des Rates mit dem Cohn u. solch heftige Anklage gegen den Magistrat zu erheben, ist unerhörd. Es ist geradezu lächerlich, dem Magistrat die Pflicht zu unterstellen, er habe mit der Streikbewegung nichts zu tun, wenn er nicht etwas anderes man nur über die Ursachen reden will. Bei der Streikbewegung

Achtung, Wähler! Seht die Listen ein!

Der Mutterjohn.

Roman aus der Gegenwart von Arthur Babb. (Nachdruck verboten.)

Man hatte, wie immer bei Öhrings, portrefflich gekostet; nach Aufhebung des letzten Bittens hatte er sich wieder zurückgezogen, um hier bei einigen Klaffen nach einem juristischen Fragen zu erörtern. Im Demerszimmer führte „Lante Martha“, eine Verwandte des Kammergerichtsrats, die seit dem Tode seiner Gattin dem Hauswesen vorstand, den Vorfall und füllte den Damen die Gläser mit süßem Trank, damit sie die ihm freizig ruhenden Jungen auch gehörig erheitern konnten.

Das jüngere Volk hatte sich in das Musikzimmer begeben. Fräulein Konstante, die Tochter des Hausherrn, lang mit ihrer nicht gerade vollen, aber wohlklingenden und gut ausgehenden Stimme ein paar Klieder von Schubert und Wessen, während ein musikalischer Affektor sie auf dem Piano begleitete. Konstante Öhring war die einzige junge Dame in der Gesellschaft, und so verbrachte es sie sehr bald, den Herren etwas vorzutragen, ohne sich während der Bildung durch eine Freundin eine Pause gönnen zu können. Sie legte das Notenblatt, das ihr der Affektor überreicht hatte, wieder auf das Klavier zurück. „Will nicht einer der Herren etwas zum besten geben?“ sagte sie und sah sich fragend im Kreise um. „Wie wäre, Herr von Markwald?“

Dem Angeredeten fiel vor Schreden das Monocle aus dem Auge. „Gnädiges Fräulein Öhring“, sagte er; „ich und singen, was nach dem gnädigen Fräulein!“

den Eindruck verstärkte, den der himmlische Gesang des gnädigen Fräulein —

„Ich hätte, seine Schmeicheleien, Herr von Markwald“, unterbrach ihn die junge Dame. „Ich schmeichele ich, ich rufe die Herren zu Zeugen an, daß ich nur eine Lantide konstatiere.“

Der Sprechende sah sich herausfordernd im Kreise seiner Kollegen um, die sofort ein befalliges Gemurmel hören ließen. Fräulein Konstante lachte.

Natürlich, sagte sie, die Herren sind zu einer Schmeichelei immer bereit; wenn keiner von Ihnen singen will, so ist hoffentlich Herr Öhring so lebenswürdig und trägt uns etwas auf dem Klavier vor.“

Der Affektor, der Konstante, die Tochter des Hauses, vorangeleitet hatte, entschuldigte sich mit den Worten: „Dane die Unterstützung des gnädigen Fräulein wage ich nicht, mich hören zu lassen.“

Mit einer humoristischen Geberde gezeichneten Unmutes flappete die junge Dame den Deckel des Pianos herab, nahm aus dem Klavierfach, den von sich der Affektor erhoben hatte, und sagte, was den Konstante nicht hören wollte, wenn er also, wenn er es nicht besser haben wollen. Sagen Sie mir, Herr Öhring, warum Sie heute den ganzen Abend über so schweigen, mit einer so ersten, nachdenklichen Miene dahingehen, ich habe es schon vorhin bei sich bemerkt.“

Das erwiderte, selbst unter der Wahrnehmung, daß sich die Tochter des Kammergerichts, die Fräulein Öhring, die sich befähigt hatte, teilte aus um würdiger Belegenheit. „Ich — das Examen, gnädiges Fräulein!“ stammelte er befangen. „Glauben Sie ihm nicht, gnädiges Fräulein“, fiel Mattenfeld mit seinem boshaften Lächeln ein; „das Examen ist es nicht, das ihm Kopfzerren verursacht; der Kollege quält sich hinsichtlich in hinsichtlich in der Frage, wo er heute nicht sein müßte Haus betten soll.“

Es war kein besonderes freundlicher Blick, den die Tochter des Hauses auf den Sprechenden richtete. Von allen jungen Herren, die im Hause ihres Vaters verkehrten, war ihr keiner so unheimlich, wie Herr Öhring. „Mutter!“ sie hatte in der Nähe des eng Fräulein Öhring in seinem Ansehen und seinem Wesen, obgleich er erst 26 Jahre alt war, nichts Jugendliches mehr hatte, immer ein inkonstantes Gefühl des Unbehagens. Der gelblich graue Teint seines Gesichts, die tiefliegenden, kleinen, jählichen Augen, der bereits ziemlich kahle Schädel, machten ihm in Öhring ein wenig unheimlich, wenn er seinen Blick zu einer nicht weniger als angenehmen Erscheinung.

Der Kollege befiel nämlich über Zimmer, erklärte Mattenfeld auf den fragenden Blick des Fräuleins, „eins in der Nähe des Kammergerichts, das andere bei seinen Eltern auf dem

Gesundbrunnen, und nun entspann sich jeden Abend ein heftiger Kampf in seiner Brust zwischen der Unähnlichkeit an das als in seiner Beizung für das neue Zimmer, das für ihn natürlich viel bequemer zu erreichen.

„Nennen das gnädige Fräulein den Gesundbrunnen?“ fiel hier Herr von Markwald ein, der jede Gelegenheit, sich in das Gespräch zu mischen und sich getreulich zu zeigen, wahrnahm.

Die Öhringe verneinte.

Der Herr von Markwald mit offenerm Sumor fort. Da können das gnädige Fräulein von Glück sagen; mir ist die Bekanntheit nicht erpart geblieben. Ich denke noch mit Schreden an eine Expedition nach dem hohen Norden; ich sage Ihnen, gnädiges Fräulein, eine solche gottverlassene Gegend giebt es in ganz Berlin nicht mehr.“

Sie verneinte, daß Herr Öhring Eltern in dem Stadthilf wohnen; entgegnete Fräulein Öhring in einem deutlich zu rechthelnden Tone, „müßte dürfte der Gesundbrunnen für Herrn Öhring nicht so ganz reglos und gottverlassen sein!“

Die Herren Mattenfeld und v. Markwald bildeten ein wenig betrübter vor sich hin, während Affektor Öhring der jungen Dame lächelte.

„Gnädiges Fräulein haben ganz recht“, sagte er; „wo Dir's gut geht, da ist Dein Vaterland, heißt ein altes Sprichwort. Ich möchte es umkehren und sagen: Wo man sein Heim hat, da fühlt man sich wohl.“

Fräulein Öhring bedachte den Sprechenden mit einem lobenden Blick und meinte sich dann wieder an dem mit der Frage: „Wohin Sie noch beide Eltern, Herr Öhring?“

„Jawohl, gnädiges Fräulein“, beistete sich hier zu erwidern. „Da können Sie sich glücklich schätzen, da beneide ich Sie, Herr Öhring, viel Fräulein Öhring, und eine warme Empfehlung richte ich Ihnen entgegen. Es ist zwar schon eine lange Zeit, daß ich nicht mehr das Glück hatte, den Herrn Öhring zu sehen, aber ich erinnere mich sehr sehr gut, ein wie süßliches Gefühl es ist, sich täglich, fröhlich von der nie rastenden Mutterliebe umgeben zu sehen.“

(Fortsetzung folgt.)

Seitens.

Aus den Fliegenden Blättern. Ein teurer Schwiegersohn. Bankier: „Aljo, Herr Keunant, Sie möchten gern mein Schwiegersohn werden?“

